

Dienstag, 24. Februar 2015

OB Markurth gibt Ratserklärung zur Absage des Karnevalsumzuges ab

„Aufgabe jedes einzelnen, unsere Werte zu verteidigen“

Eine demokratische Gesellschaft, die ihre Werte lebt und dafür eintritt, und die alle, die sich dazu bekennen, einbindet und teilhaben lässt, ist eine starke Gesellschaft. Sie kann das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit aushalten. In diesem Sinne hat heute Oberbürgermeister Ulrich Markurth an den Rat der Stadt Braunschweig und an die Stadtgesellschaft appelliert, selbstbewusst auf die Absage des Braunschweiger Karnevalsumzuges am 15. Februar zu reagieren und die freiheitliche Werteordnung zu verteidigen. Über das Trennende hinaus sollte für alle gelten: „Wir bleiben frei, offen, zukunftsgerichtet, sozial, allen Menschen zugewandt, die sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen, und wir lassen uns diese Freiheit von niemandem nehmen.“

Es gebe keinen Grund, sich zu verkriechen, das öffentliche Leben zu meiden, stellte Markurth klar. Die Warnung am Karnevalssonntag sei singulär gewesen, auf das konkrete Ereignis bezogen. Gleichwohl sei die Reaktion auf dieses konkrete Ereignis und diese konkrete Bedrohung ohne Alternative gewesen. Er habe, gemeinsam mit Ordnungsdezernent Claus Ruppert und Zugmarschall Gerhard Baller, an jenem Sonntag bei Polizei und Staatsschutz mehrfach gefragt, ob die Hinweise auf eine Bedrohung tatsächlich belastbar, ob andere Möglichkeiten als eine Absage des Zuges denkbar seien. Doch es habe nach den Informationen des Staatsschutzes einen „ernsthaften Anschlagplan“ gegeben. Die Menschen zu informieren und ihnen dann selbst die Entscheidung zu überlassen, zum Umzug zu gehen, sei in der Kürze der Zeit schon praktisch kaum umzusetzen und auch nicht vertretbar gewesen. Wahrscheinlich hätte die Polizei selbst den Umzug unterbunden, hätten Stadt und Veranstalter darauf bestanden, dass dieser stattfinden soll.

Es sei dennoch richtig gewesen, dass an diesem Tag im Umland und auch in Braunschweiger Stadtteilen kleine Umzüge stattgefunden haben, dass in Bars und Diskotheken gefeiert wurde. „Alles andere wäre ein Riesenfehler gewesen.“ Und natürlich werde im nächsten Jahr wieder ein Karnevalsumzug stattfinden. Es sei zudem wichtig gewesen, dass die muslimischen Gemeinden und Verbände noch am gleichen Tag Stellungnahmen der Solidarität abgegeben hätten, Hayri Aydin vom Rat der Muslime habe in der Stadthalle gesprochen – auch in Sorge, das Ereignis könne jetzt den Muslimen in Braunschweig angelastet werden. Das sei nicht passiert, die Reaktion der Braunschweiger sei besonnen gewesen. „Braunschweig hat Größe gezeigt“, so der Oberbürgermeister.

Auch Befürchtungen, die Ereignisse vom 15. Februar könnten sich auf die Bragida-Demonstrationen auswirken und dort für mehr Zulauf sorgen, seien erfreulicherweise nicht eingetreten. Nach der Versammlung der Bragida am Sonntag sei nun allerdings auch deutlich, dass diese zunehmend nur noch eine Hülle böten für bekannte Rechtsextremisten. Mit der immer wieder behaupteten Unzufriedenheit bürgerlicher Kreise habe dies, folge man der Einschätzung der Polizei, kaum noch zu tun und die Veranstalterin müsse sich fragen lassen, wie lange sie noch das Feigenblatt für Rechtsextremisten aus ganz Norddeutschland sein wolle. „Wir sind gehalten, die Mittel des Rechtsstaates auszuschöpfen“, sagte Markurth. Daher prüfe die Stadt, künftigen Versammlungen dahingehend Auflagen zu erteilen, dass nicht jedes Mal die ganze Innenstadt lahmgelegt, öffentliches Leben und Verkehr beeinträchtigt würden, oder diese sogar ganz zu untersagen. „Damit sagen wir denjenigen

dann auch: Die Braunschweiger Innenstadt ist nicht wöchentlich Eure Aufmarschzone, das Braunschweiger Bürgertum hat das Recht, sich in der Innenstadt frei zu bewegen.“

Auch wenn Braunschweig besonnen reagiert habe auf die Absage des Umzugs, bleibe doch eine kleine „Schmarre“, auch bei ihm persönlich. Dies sollte jedoch Aufforderung sein, sich der Dinge, die wichtig sind, noch stärker zu vergewissern, für diese immer neu zu kämpfen und die freiheitliche Ordnung zu verteidigen. Braunschweig habe gerade in der jüngeren Vergangenheit davon profitiert, dass „wir eine weltoffene Stadt geworden sind.“ Mittlerweile gebe es Menschen aus über 150 Nationen in Braunschweig, die bewusst hierhergekommen seien. Integration sei nicht immer spannungsfrei, doch die Vielfalt bereichere die Stadt. Dies gelte insbesondere auch für die Wissenschaft und die Unternehmen. „Wir müssen, wollen, sollten eine weltoffene Stadt sein und wir müssen spüren lassen, dass wir das wollen.“ Er freue sich, dass gerade jetzt ein weiterer Mosaikstein für den Integrationsprozess gesetzt werden könne. Die Stadt sei in das neue Förderprogramm des Bundes „Demokratie leben!“ aufgenommen worden. Ziel sei es, eine lokale „Partnerschaft für Demokratie“ zu entwickeln. Institutionen, Initiativen und Vereine, die sich für Demokratie und gegen Diskriminierung einsetzen, werden unterstützt (s. Pressemitteilung vom heutigen Tag).

Extremisten werde man mit solch einem Programm natürlich nicht erreichen, sagte Markurth. Wer sich nicht zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekenne und die Gesellschaft schädigen wolle, auf den dürfe keine falsche Rücksicht genommen werden. Aber alle anderen müssten Teil der Gesellschaft sein, mitgenommen werden und teilhaben können. Das sei das Versprechen des Sozialstaates, das eingelöst werden müsse, auch wenn das teuer sei. Wichtig sei, dass es der Gesellschaft, jedem einzelnen, gelinge, den 1. Artikel des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ jeden Tag mit Leben zu füllen. „Wir müssen uns auf unsere Wertegemeinschaft immer wieder neu einschwören.“